



GEMEINDE BINNINGEN

## Protokoll des Einwohnerrats

### X. Legislaturperiode

**25. Sitzung vom 29. August 2011**

**Ort:** Kronenmattsaal

**Dauer:** 19.30 – 22.15 Uhr

---

**Leitung:** Christian Schaub

**Anwesend:** 36 Mitglieder

**Abwesend:** Ch. Anliker, M. Bolleter, St. Kaiser, M. Ziegler

**Präsident:**

**Protokoll:**

Christian Schaub

Sandra Sprecher

## Mitteilungen des Präsidenten

*Christian Schaub* begrüsst die Ratsmitglieder zur ersten Sitzung des letzten Jahres dieser Legislatur und bedankt sich nochmals für seine Wahl und das in ihn gesetzte Vertrauen. Er freut sich auf einen engagierten Ratsbetrieb, auch darauf, für die Anliegen der Binninger Einwohner/-innen da zu sein und die Gemeinde bei verschiedensten Anlässen zu vertreten.

### Absenzen:

Für die heutige Sitzung haben sich Christoph Anliker, Martin Bolleter, Stefan Kaiser und Markus Ziegler entschuldigt.

### Neu eingereichte Vorstösse:

- |  |     |
|--|-----|
| - Motion Grüne/EVP: Aufwertung des Werkhofs Binningen                                      | 181 |
| - Interpellation Grüne/EVP: Förderung umweltverträglicher Verkehr                          | 182 |
| - Motion Grüne/EVP: Budget Einwohnerrat  | 183 |
| - Interpellation K. Bartels, CVP: Budget-/Rechnungsvergleich der Binninger Steuereinnahmen | 187 |
| - Anfrage U.-P. Moos, SVP: Littering – endlich Taten, statt Worte und Konzepte!            | 188 |
| - Motion U.-P. Moos, SVP: Für eine unabhängige Binninger Gemeindepolizei                   | 189 |
| - Motion U.-P. Moos, SVP: Mehr Stellenprozente für den Binninger Bannwart                  | 190 |

Es gibt keine Wortmeldungen zu den Vorstössen.  
Die Anfrage wird am Schluss der Sitzung beantwortet.

<b>Traktandenliste:</b>	<b>Gesch. Nr.</b>
1. Genehmigung des Protokolls vom 27.6.2011:	
2. Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011: <b>Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6. 2011</b>	<b>184</b>
3. Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011: <b>Ersatzwahl eines Mitglieds des Primarschulrats für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012</b>	<b>171</b>
4. Bericht / Antrag der GRPK vom 24.5.2011: <b>Abstimmungen/Wahlen</b> <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	<b>172</b>
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.5.2011: <b>Diverse Bauabrechnungen</b> <i>Geschäftskreisführung: Diverse</i>	<b>152</b>
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011: <b>Rückständebericht</b>	<b>155</b>
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.6.2011: <b>Quartierplan „Zentrum Dorenbach“</b> <i>Geschäftskreisführung: Agathe Schuler</i>	<b>186</b>
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011: <b>Ersatzbeschaffung Wischmaschine</b> <i>Geschäftskreisführung: Agathe Schuler</i>	<b>185</b>
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011 <b>Anpassung des Logos der Gemeinde Binningen</b> <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	<b>27</b>
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011: <b>Motion Grüne/EVP: Abstimmungsreglement für die Gemeinde Binningen</b> <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	<b>143</b>
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011: <b>Motion Urs-Peter Moos, SVP, für ein beidseitiges Fahrverbot an der oberen 141</b> <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	<b>Benkenstrasse</b>
12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011: <b>Interpellation Urs-Peter Moos, SVP: Behindertenlift beim Binninger Schloss</b> <i>Geschäftskreisführung: Mike Keller</i>	<b>180</b>
13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 5.7.2011: <b>Postulat SP: Strom und Wärme vom Dach</b> <i>Geschäftskreisführung: Agathe Schuler/Anne Mati</i>	<b>149</b>
14. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011 <b>Postulat Rahel Bänziger: Begleichung der Rechnung der Eingliederungsstätte Baselland</b> <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	<b>162</b>
15. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011 <b>Interpellation Katrin Bartels, CVP: betr. Bauabrechnung, Kostenkontrolle und Datenablage des Projekts Alters- und Pflegeheim Schlossacker</b> <i>Geschäftskreisführung: Mike Keller</i>	<b>176</b>
16. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011 <b>Interpellation SP: Familienexterne Kinderbetreuung</b> <i>Geschäftskreisführung: Nicole Schwarz</i>	<b>168</b>
17. Diversa	

An der Bürositzung vom 25. August wurde die Traktandenliste vorbehandelt und das Büro schlägt folgende Änderungen vor: Als Traktandum 2a (Gesch. Nr. 184) soll Frau Patrizia Scaioli als Ersatzmitglied der GRPK bestätigt werden. Ausserdem soll das Traktandum 10 (Gesch. Nr. 143) gleich nach Traktandum 4 behandelt werden, da die beiden Geschäfte zusammen gehören.

Der Rat ist mit diesen Änderungen einverstanden.

### **Traktandum 1**

Das Protokoll der Sitzung vom 27. Juni 2011 wird genehmigt und verdankt.

### **Traktandum 2**

**Gesch. Nr. 184**

Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011:

**Ersatzwahl eines Mitglieds der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6. 2012**

**://: 1. Für die restliche Amtsperiode wird Katrin Bartels, CVP, als Mitglied der GRPK gewählt.  
2. Für die restliche Amtsperiode wird Patrizia Scaioli, CVP, als Ersatzmitglied der GRPK gewählt.**

### **Traktandum 3**

**Gesch. Nr. 171**

Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011:

**Ersatzwahl eines Mitglieds des Primarschulrats für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012**

**://: Für die restliche Amtsperiode wird Thomas Büchelin, SVP, in den Primarschulrat gewählt.**

### **Traktandum 4**

**Gesch. Nr. 172**

Bericht / Antrag der GRPK vom 24.5.2011:

**Abstimmungen/Wahlen**

*SP: Vreni Dubi* weist darauf hin, dass sie einen Bericht vorstellen muss, der schon fast Vergangenheit ist, da die meisten daraus resultierenden Forderungen bereits umgesetzt wurden. Nach den Fehlern und Pannen im Zusammenhang mit den Wahlen wurde zur Untersuchung der Sache eine GRPK-Subko eingesetzt. Im ersten Teil des vorliegenden Berichts werden die Fehler und die verletzten Paragraphen detailliert aufgeführt. Im zweiten Teil geht es um die Gründe, die zu den erwähnten Fehlern geführt haben. Diese sind mannigfaltig und vom Gemeinderat über die Verwaltungsangestellten, dem Wahlbüro und dem Einwohnerrat werden praktisch alle Personen, die für die Gemeinde tätig sind, als „Schuldige“ dargestellt. Überall sind grössere oder kleinere Fehler gemacht worden. Als grösste Fehlerquelle wurde eine ungenügende Beschreibung der Arbeitsprozesse eruiert. Mittlerweile wurde zu diesem Thema ein Manual erstellt, auf das die Rednerin später noch zurückkommt. Der zweite gewichtige Grund ist die mangelhafte Kommunikation. Diese betrifft zwei Ebenen: Einerseits wurden im Vorfeld der Abstimmungen den verschiedenen Meinungen in

der Wahlbroschüre nicht gleichviel Platz zugestanden, und in der lokalen Presse wurde einseitig informiert. Andererseits wurden die gemachten Fehler nach deren Entdeckung nicht gebührend gegen Aussen kommuniziert. Dazu kommt, dass nicht rasch genug daraus gelernt und reagiert wurde.

Weiter geht es im GRPK-Bericht um die Vorkommnisse im Wahlbüro. Die nach der Untersuchung ausgesprochenen Empfehlungen wurden mittlerweile praktisch alle umgesetzt. Auch das gewünschte Handbuch liegt jetzt vor. Das Wahlbüro hatte angeregt, den Abstimmungsunterlagen ein zusätzliches Couvert für die Wahlzettel beizulegen, so wie es andere Baselbieter Gemeinden auch praktizieren. In diesem Punkt war sich die Kommission nicht einig, ob das nötig (weil auch mit zusätzlichen Kosten verbunden) ist.

Der Bericht enthält zum Teil Empfehlungen und zum Teil Anträge. Was die Empfehlungen betrifft, hofft man, dass diesen gefolgt wird. Die Anträge wurden, wie bereits erwähnt, in der Zwischenzeit umgesetzt.

#### Eintreten:

*Beatrix Bürgin:* Die SVP-Fraktion dankt der Subkommission für die umfassende und gründliche Arbeit. Sie ist entsetzt ob der Anhäufung von Gesetzesmissachtungen und anderen Verfehlungen des Gemeinderats und der Verwaltung. Von den von 2007 bis März 2011 insgesamt 13 Fehlern stuft die SVP fünf als schwerwiegend ein (z.B. Zusatzkredit Schlosspark, Wahlbüro, Werkhofabstimmung). Die Fraktion ist erstaunt, dass diese Fehler keine personellen Konsequenzen in der Verwaltung nach sich zogen. Ausserdem fällt es ihr in Anbetracht der Fülle der Fehler schwer, dem Gemeinderat zu glauben, dass es sich immer nur um ein Versehen gehandelt habe.

Man ist erfreut, dass die Empfehlungen der GRPK zum Wahlbüro befolgt wurden und ist der Ansicht, dass die Mehrkosten von CHF 1 000 pro Abstimmung für das zusätzliche Couvert zu vernachlässigen sind. Die SVP-Fraktion unterstützt sämtliche Anträge und Empfehlungen der GRPK uneingeschränkt. Sie erwartet, dass die vorgegebenen Termine vom Gemeinderat und dem Wahlbüro eingehalten werden.

*Silvia Bräutigam* dankt der GRPK im Namen der CVP-Fraktion für den vorliegenden Bericht und ist erfreut über das bereits erstellte Handbuch. Alle Empfehlungen und Anträge werden unterstützt.

*Anand Jagtap, Grüne/EVP:* Die Fraktion dankt für die Untersuchung und den sehr fundierten Bericht. Die Konzentration auf die drei Teilgebiete Prozess/Kommunikation/Zusammenarbeit Verwaltung-Wahlbüro hat für eine effiziente Untersuchung gesorgt. In Anbetracht der kurzen Zeit können sich die Resultate sehen lassen. Nach Ansicht der Grünen/EVP muss bei der Umsetzung der Erkenntnisse der Fokus hauptsächlich auf die Prozesse und Verantwortlichkeiten gelegt werden. Diese Themen begleiten den Einwohnerrat auf Schritt und Tritt, weshalb die Fraktion grossen Wert auf Nachkontrollen legt. Wie die Untersuchung zeigt, hat die GRPK dies in der Vergangenheit vernachlässigt und muss sich diesbezüglich auch an der eigenen Nase nehmen.

Die Fraktion der Grünen/EVP befürwortet die Empfehlung und Anträge der Subko und empfiehlt deren Genehmigung.

*Daniel Zimmermann:* Die FDP-Fraktion hat den Bericht mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Bei der detaillierten Abklärung der Pannen wurde festgestellt, dass an verschiedenen Stellen Fehler begangen wurden, die politische Verantwortung aber beim Gemeindepräsidenten liegt. Auch die FDP ist der Meinung, dass die Prozesse zur Umsetzung der politischen Rechte verbessert werden müssen. Sie geht davon aus, dass die Empfehlungen mit der nötigen Sorgfalt umgesetzt werden und es nicht zu weiteren Reklamationen kommt. Der Redner weist darauf hin, dass im Rahmen der Qualitätssicherung Nachkontrollen durchzuführen sind. Seine Fraktion stimmt den Empfehlungen und Anträgen der GRPK zu.

*Patricia Kaiser, SP* geht kurz auf den Antrag 5.1 ein, der als einziger in ihrer Fraktion umstritten war. Laut Auskunft der Landeskanzlei sei das zusätzliche Couvert irrelevant für die Gültigkeit der Stimmabgabe, weshalb man teilweise der Meinung ist, es sei überflüssig. Im Übrigen bedankt sich die SP-

Fraktion für den Bericht. Man findet die Auflistung der Ereignisse sehr gut, den Ton allerdings teilweise etwas schulmeisterlich.

*Charles Simon, Gemeindepräsident:* Im Zusammenhang mit Abstimmungen und Wahlen sind allzu viele Fehler passiert, was der Gemeinderat ausserordentlich bedauert. Die GRPK bemängle diese Fehler zu Recht, doch wehrt sich der Gemeindepräsident gegen den Vorwurf von fehlender Einsicht. Der Gemeinderat nimmt die Probleme sehr ernst und es wurden im GR wie auch in der Verwaltung bereits Verbesserungen eingeleitet. Die internen Abläufe wurden durchleuchtet und man weiss nun, welche Korrekturen vorgenommen werden müssen. Erste Massnahmen wurden bereits umgesetzt, an weiteren wird gearbeitet und alle setzen sich nach Kräften für eine schnelle Umsetzung ein. Der Gemeinderat akzeptiert die Massnahmen, die beschlossen werden. Charles Simon äussert sich kurz zum „Handbuch“ unter Punkt 3: Dabei handelt es sich um ein Vademecum mit diversen Checklisten, das bereits am 31. Mai 2011 vom Gemeinderat verabschiedet wurde. Es liegt nicht in Buchform vor, sondern kann im Intranet der Verwaltung eingesehen werden. Auch das Handbuch des Wahlbüros wurde erstellt und wurde mittlerweile vom Wahlbüro verabschiedet. Das Handbuch enthält das Pflichtenheft der Mitglieder des Wahlbüros.

#### Detailberatung (Ziffer 5.1 bis 5.4 des Berichts)

*SVP, Urs-Peter Moos* weist darauf hin, dass die Argumentation der SP gegen den zusätzlichen Briefumschlags nichts mit dem eigentlichen Zweck dieses Couverts zu tun hat. Dieser ist die Gewährleistung des Stimmgeheimnisses, was nur möglich ist, wenn der Stimmrechtsausweis und die Stimm-/Wahlzettel getrennt werden können. Die SVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag.

#### Abstimmung:

Die Anträge 5.2 bis 5.4 werden einstimmig angenommen.

Der Antrag 5.1 wird mit 30 Ja, 5 Nein und 1 Enthaltung angenommen.

- ://: 1. Ab sofort soll den Abstimmungsunterlagen ein zusätzlicher Briefumschlag für die Stimm-/Wahlzettel beigelegt werden.**
- 2. Einführung des Vieraugenprinzips zwischen Verwaltung und Wahlbüro hinsichtlich Beschriftung und Gestaltung der Stimmcouverts, Stimmrechtsausweise und allenfalls (vgl. 5.1) des zusätzlichen Briefumschlags sowie den Formulierungen zum Abstimmungsprozedere in den offiziellen Abstimmungsbroschüre und im Binner Anzeiger.**
- 3. Handbuch der Verwaltung wird dem Gemeinderat rechtzeitig vor dem nächsten Abstimmungstermin jedoch bis spätestens zum 31.08.2011 zur Genehmigung vorgelegt. Im Handbuch wird zu dem die Gesamtverantwortung klar einer Person zugewiesen.**
- 4. Handbuch des Wahlbüros wird vom Wahlbüro rechtzeitig vor dem nächsten Abstimmungstermin jedoch bis spätestens zum 31.08.2011 verabschiedet.**

#### **Traktandum 10**

**Gesch. Nr. 143**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011:

#### **Motion Grüne/EVP: Abstimmungsreglement für die Gemeinde Binningen**

*Christian Schaub:* Der Ratspräsident erläutert, dass der Gemeinderat die Motion in ein Postulat umwandeln will. Da dies nur mit der Zustimmung der Motionärin möglich ist, erhält das Wort

*Rahel Bänziger, Grüne/EVP:* Die von der GRPK beantragten, bereits erstellten Handbücher entsprechen dem, was sie von einem Abstimmungsreglement erwartet. Da sie damit leben kann, ändert sie den Titel ihrer Motion in : „Handbuch der Verwaltung Wahlen/Abstimmungen und Handbuch des Wahlbüros“, besteht aber weiterhin auf einer Motion. Durch die Überweisung der Motion entstehen der Verwaltung keinerlei Kosten, weil die Arbeit sowieso ausgeführt wird oder bereits ausgeführt worden ist. Rahel Bänziger bittet den Einwohnerrat, die Motion zu überweisen und sie erst nach Erscheinen der beiden Handbücher abzuschreiben. Da die GRPK gemäss § 34 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats die Oberaufsicht über den Gemeinderat sowie die Verwaltung und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat, schlägt die Rednerin Folgendes vor: Die GRPK überprüft kurz den Inhalt der Handbücher und nach einer Rückmeldung im Einwohnerrat kann die Motion abgeschrieben werden.

*Patricia Kaiser, SP:*

Zur Fristeinhaltung: Aufgrund von § 1 der Verordnung zum Gesetz über die politischen Rechte ist dieser Punkt bereits verbindlich geregelt und der Gemeinderat hat sich an das bestehende Gesetz zu halten und die bestehenden Empfehlungen der Landeskanzlei betreffend Ausführungen einzuhalten.

Zur klar definierten Platzaufteilung: Diese ist in § 13 der erwähnten Verordnung geregelt.

Darstellung des Abstimmungsverhaltens: Die SP sieht da keinen Regelungsbedarf.

Angemessene Vertretung der Gegner einer Vorlage bei Informationsveranstaltungen: Für die Fraktion können solche Angelegenheiten nicht verbindlich geregelt werden. Es muss situativ entschieden werden, ob und wie eine Veranstaltung organisiert wird.

Propaganda-Ausmass und Einspannen von Verwaltungsangestellten für politische Propaganda: Im Rahmen des Berichts und der Untersuchung zu diesem Bericht wurde in der GRPK eingehend über diese beiden Punkte diskutiert und im Bericht Stellung dazu genommen. Weiteres Herumreiten auf diesen Themen erscheint der Fraktion unnötig und eher kontraproduktiv.

Sie sagt ja zur Umwandlung in ein Postulat und ist gegen die Überweisung des Postulats.

*Daniel Zimmermann:* Die FDP-Fraktion will zuerst die Anwendung der Empfehlungen abwarten. Auch sie wünscht, dass bei zukünftigen Wahlen und Abstimmungen alles regelkonform und fehlerfrei abläuft, will aber nicht vorgreifen. Sie beantragt Nichtüberweisung und Abschreibung.

*Roy Ewald, SVP:* Seine Fraktion ist auch der Meinung, dass zuerst abgewartet werden soll, wie diese Handbücher aussehen und will deshalb die Motion nicht in ein Postulat umwandeln.

#### Abstimmung:

Antrag Grüne/EVP: Überweisung der Motion mit folgendem, geänderten Titel: „Handbuch der Verwaltung Wahlen/Abstimmungen und Handbuch des Wahlbüros“

Die Motion wird mit 25 Nein, 4 Ja und 7 Enthaltungen abgelehnt.

**://: 1. Die Motion wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.**

#### **Traktandum 5**

**Gesch. Nr. 152**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 24.5.2011:

#### **Diverse Bauabrechnungen**

#### Eintreten:

*Peter Buess:* Die Grüne/EVP stimmt den Abrechnungen mit ein paar Anmerkungen zu.

Modulare Mittagsbetreuung: Man empfindet es als etwas stossend, dass in einer Bauabrechnung Betriebskosten aufgeführt werden und fragt sich, was die Konsequenzen dieser Zahlen für die Abrechnung der Modularen Mittagsbetreuung der kommenden Jahre bedeutet. Die Fraktion will nur zustimmen, wenn dies keine Reduktionswünsche zur Folge hat.

Der Verzicht auf Grauwassernutzung wird sehr bedauert. Der Luxus, Sportanlagen mit Trinkwasser zu bewässern, ist für die Grüne/EVP nicht nachvollziehbar.

Sie begrüsst die Anschaffung eines gasbetriebenen Nissan-Kastenwagens und fragt sich, ob beim Kommunalfahrzeug „Carraro“ jenes mit Dieselpartikelfilter gewählt wurde. Wenn ja, freut sich die Fraktion auch darüber.

*Katrin Bartels, CVP:* Ihre Fraktion freut sich darüber, dass von acht Investitionskredit-Abrechnungen sieben das Budget einhalten. Wie der Vorredner moniert sie, dass mit der Einführung der Modularen Betreuung die Bau- und Betriebskosten vermischt wurden. Es stellt sich die Frage, ob hier eine versteckte Anschubfinanzierung enthalten ist, denn es ist nicht ersichtlich warum diese Kosten in dieser Abrechnung enthalten sind.

*Urs Brunner:* Die SVP-Fraktion nimmt zur Nachmittagsbetreuung und zur Grauwassernutzung Stellung: In der Betriebskostenabrechnung stehen den effektiven Kosten von CHF 46 100 lediglich CHF 13 800 an Einnahmen gegenüber. Die SVP unterstützt selbstverständlich dieses Angebot, findet aber, dass die Kosten und die Einnahmen in vernünftiger Relation zueinander stehen müssen. Die Betriebskosten sind auf eine (angenommene) Beteiligung von zehn Kindern ausgelegt. Entsprechend wurde Personal eingestellt, was hohe Lohnkosten zur Folge hat. Man fragt sich, ob sich nicht eventuell Elternteile gegen einen Unkostenbeitrag bereit erklären würden, zeitweise die Nachmittagsbetreuung mitzugestalten. Die SVP-Fraktion wird die Kostenentwicklung genau verfolgen. Die Studie zur Grauwassernutzung hat CHF 7 800 gekostet. Hier stellt sich für den Redner die Frage, ob man mit ein paar Telefonaten nicht günstiger zu diesen Resultaten gekommen wäre.

*Pascal Treuthard, FDP:* Seine Fraktion stimmt den Anträgen grossmehrheitlich zu. Die Laufbahn auf dem Spiegelfeld entspricht zwar nicht der Olympianorm, erfüllt aber trotzdem ihren Zweck. Dank dem FC Binningen und dem Fussballverband hat Binningen jetzt eine gute Ausleuchtung des Sportplatzes.

*SP, Vreni Dubi* äussert sich nochmals zur Nachmittagsbetreuung und weist die SVP darauf hin, dass mindestens eine Person anwesend sein muss und diese immer gleich viel kostet, egal, ob drei oder acht Kinder da sind. Ausserdem befindet man sich in einer Versuchsphase, in der es erlaubt ist, diese Lohnkosten auch für wenige Kinder zu bezahlen.

*Urs-Peter Moos, SVP:* Urs Brunner hat gesagt, dass bei weiterhin schlechter Auslastung des Modularen Angebots andere Lösungen gesucht werden müssen und die SVP nicht bereit ist, für zwei, drei Kinder so viel Geld auszugeben. Sie behauptet, dass die Schwinger übereilt und unnötigerweise aus diesem Schulhaus entfernt wurden.

*Vreni Dubi, SP:* Der Mittagstisch des Pestalozzi-Schulhauses, der die Verlagerung der Schwinger nötig machte, ist sehr gut besucht.

*Sven Inäbnit, FDP:* Im Gegensatz zu den Grünen/EVP ist er ganz froh, dass die Betriebskosten der Nachmittagsbetreuung in dieser Abrechnung enthalten sind, die dem Rat sonst vielleicht vorenthalten worden wären. Er ging davon aus, dass ein grösseres Bedürfnis nach einem solchen Angebot vorhanden ist und findet die aufgeführte Zahl von drei Kindern enttäuschend. Dank dieser Abrechnung sind die Kosten nun ersichtlich. Der Redner fragt, ob bereits neue Erhebungen existieren und findet, dass das Angebot im Fall einer weiterhin schlechten Auslastung nochmals überdenkt werden muss.

*CVP, Katrin Bartels* möchte klarstellen, dass ich ihre Kritik an der Abrechnung lediglich auf die Bezeichnungen und die Buchhaltung, keineswegs aber auf die Höhe der Kosten bezogen hat. Sie kennt die Situation des ganzen Kantons und weiss, dass neu lancierte Angebote im Bereich der



familienexternen Kinderbetreuung eine gewisse Anlaufzeit brauchen. Das Bundesprogramm der Anschubfinanzierung, das seit 2003 besteht, wurde im Wissen um diese Durststrecke damals installiert und wegen seines grossen Erfolgs bis 2015 verlängert. Binningen sollte diesem Angebot auch die erforderliche Zeit zugestehen.

*Roger Moll, FDP* stellt fest, dass wohl niemand in diesem Rat die Notwendigkeit der Modularen Kinderbetreuung bezweifelt. Er bemängelt, dass bei der Einführung eines neuen Systems nicht vorgegangen wird wie in der Privatwirtschaft und den KMUs, indem man das Projekt in vier Phasen unterteilt. So, wie die Sache hier angegangen wurde, läuft sie aus dem Ruder, weil ein grosser Aufwand betrieben werden muss, damit das Ganze richtig ins Rollen kommt.

Zum Thema Rausschmiss der Schwinger meint Roger Moll, dass man günstiger gefahren wäre, wenn man die Schwinger am alten Ort gelassen und eine der acht Varianten gewählt hätte.

*Silvia Bräutigam, CVP* weist darauf hin, dass von Anfang an gesagt wurde, man gebe dem neuen Angebot zwei, drei Jahre Zeit, bevor wieder darüber diskutiert wird. Da es erst ein Jahr lang läuft, findet sie es normal, dass durchschnittlich nur drei Kinder beim Mittagstisch sind.

*Urs-Peter Moos, SVP*: Die SVP weiss selbstverständlich, dass gesamthaft etwa 20 Kinder den Mittagstisch in Anspruch nehmen. Wie der Vorredner ist sie der Meinung, dass mit etwas gutem Willen eine günstigere Lösung möglich gewesen wäre. „Dank“ dem Referendum gegen die Nachmittagsbetreuung hatte die Gemeinde ein Jahr länger Zeit, um sich auf dieses neue Angebot vorzubereiten. Trotzdem ist die Auslastung so schlecht. Urs-Peter Moos unterstreicht nochmals den Willen seiner Partei, die weitere Entwicklung genau zu beobachten und, falls es notwendig wird, auch die Reissleine zu ziehen.

*Nicole Schwarz, Gemeinderätin*, erklärt den Umstand, dass diese Betriebskosten in der Bauabrechnung erscheinen damit, dass es eine Vorlage des Einwohnerrats war, die hier deklariert werden muss. Weiter erklärt sie, dass der Einwohnerrat die Ziele der Nachmittagsbetreuung über das Budget und die Rechnung steuert. Es wurde festgelegt, in welchem Zeitraum wie viele Kinder das Angebot nutzen müssen, damit es weitergeführt oder neu evaluiert wird. Alle nötigen Instrumente sind also installiert. Die Gemeinderätin weiss, dass der Trend mittlerweile ein wenig aufwärts geht. Es gibt im Dorf mehrere ähnliche Angebote, die in der Betreuung weiter gehen, als das kommunale Modell. Das Gemeindemodell hinkt der Zeit ein wenig hinterher. Das von der SVP angesprochene zusätzliche Jahr zwang ausserdem viele Eltern, bereits vorhandene Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen und diese Kinder fehlen jetzt beim kommunalen Angebot.

Ideen, wie Hausfrauen für freiwillige Einsätze anzuwerben, tönen immer gut, doch ist die Qualitätskontrolle im Bereich der Freiwilligenarbeit extrem schwierig. Aus diesem Grund hat die Gemeinde einen gewissen Aufwand, ein solches Angebot aufzubauen. Es werden faire Löhne bezahlt (die Arbeit wird in teils merkwürdigen Pensen geleistet) und die teils gut ausgebildeten Angestellten kommen auch für nur ein Kind. Summa summarum: Die Sache kostet, es wird dafür auch ein gewisses Qualitätsniveau sichergestellt.

*Sven Inäbnit, FDP* bemerkt, dass die geringe Auslastung des Angebots doch sehr enttäuschend ist und erinnert daran, dass damals wegen der angeblich grossen Nachfrage vehement dafür geworben wurde. Er findet es befremdend, dass die Eltern der Primarschüler ein-, zweimal jährlich schriftlich ihr Nicht-Interesse an der Nachmittagsbetreuung kundtun müssen. Die FDP-Fraktion wird in Zukunft Geschäfte, die das Betreuungsangebot betreffen, kritischer unter die Lupe nehmen.

*Urs-Peter Moos, SVP*: Frage an Nicole Schwarz: Warum sind die Lohnkosten Schulleitung (CHF 5 000) und Lohnkosten Schulsekretariat (CHF 6 300) trotz der wenigen Kinder so hoch?

*Nicole Schwarz, Gemeinderätin*: Hier gilt das Gleiche, wie für die Betreuungsperson, die für ein oder acht Kinder da sein muss. Ein solches Angebot muss koordiniert, strukturiert und administriert werden und die Kosten für diese Arbeiten fallen an, ob das Produkt dann gut oder schlecht genützt ist.

*Peter Buess, Grüne/EVP* stellt einen Ordnungsantrag und fragt, ob es richtig ist, dass unter dem Traktandum „Bauabrechnungen“ eine Grundsatzdiskussion geführt wird.

#### Abstimmung Ordnungsantrag:

Dem Ordnungsantrag wird mit 34 Ja, 1 Nein und 1 Enthaltung zugestimmt.

#### Detailberatung:

*Urs-Peter Moos, SVP:* Dem Bericht ist zu entnehmen, dass auf dem Sportplatz Spiegelfeld 16 neue Beleuchtungskörper aufgestellt wurden und man dabei im Budget blieb. Erstaunlicherweise wird aber auch erwähnt, dass geplant ist, diese Beleuchtungskörper bereits wieder zu versetzen. Die Fraktion wird diese neuen Kosten im Auge behalten.

Der Antrag Sanierung Laufbahn Sportplatz Spiegelfeld ist separat aufgeführt und die SVP wird diesem Antrag nicht folgen. Es wurde ja eine Kurve angebaut, bzw. erweitert, damit 200m anstatt 100m gelaufen werden können. Die Gemeinde Binningen hat es tatsächlich geschafft, nicht den offiziellen Kurvenradius, der in jedem Leichtathletikstadion gilt, zu wählen. Mit dem Argument, dass der offizielle Kurvenradius für ein optimales Training unabdingbar ist, wurde damals für diese Investition Werbung gemacht. Es wird erwartet, dass nach Feststellung von Problemen bei der Realisierung eines Vorhabens, der Einwohnerrat darüber informiert wird, damit dieser die Möglichkeit hat, entweder einen weiteren Kredit zu sprechen oder die Sache neu zu überdenken, notfalls abzublenden. Für die SVP-Fraktion ist die Handlungsweise im Fall der Laufbahnerweiterung nicht nachvollziehbar.

#### Schlussabstimmung:

Antrag 1: 28 Ja, 0 Nein; 8 Enthaltungen

Antrag 2: 22 Ja, 9 Nein, 5 Enthaltungen

Antrag 3: 24 Ja, 8 Nein, 4 Enthaltungen

**://: 1. Von folgenden Abrechnungen, deren Abrechnungssumme unter dem bewilligten Kredit liegt, wird Kenntnis genommen:**

- Objekt Nr. 2, Weihnachtsbeleuchtung Hauptstrasse
- Objekt Nr. 3, Studie Grauwassernutzung
- Objekt Nr. 4, Beleuchtung Sportplatz Spiegelfeld
- Objekt Nr. 6, Fahrzeuersatz Werkhof 2009
- Objekt Nr. 7, Fahrzeuersatz Werkhof 2010
- Objekt Nr. 8, Strassenkorrektur Rottmannsbodenstrasse

**2. Die Abrechnung von Objekt Nr. 1, Modulare Nachmittagsbetreuung, mit Gesamtkosten von CHF 245 941.07 inkl. Mehrkosten von CHF 1541.07 wird genehmigt.**

**3. Die Abrechnung von Objekt Nr. 5, Sanierung Laufbahn Sportplatz Spiegelfeld, mit Gesamtkosten von CHF 180 266.65 inkl. Mehrkosten von CHF 266.65 wird genehmigt.**

## Traktandum 6

**Gesch. Nr. 155**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.6.2011:

### **Rückständebericht**

#### Eintreten:

*Beatrice Büschlen:* Die Grüne/EVP-Fraktion wird nicht allen Anträgen des Gemeinderats Folge leisten. Sie wird im Rahmen der Detailberatung darauf zurückkommen.

Zunächst eine kurze Anmerkung zur Energiespar-Offensive 2: Die Fraktion regt an, dass die Standaktionen der Kampagnen auch am Samstag (z.B. am Binninger Märt) durchgeführt werden. Bei diesem sympathischen Programm sollte darauf geachtet werden, dass die berufstätigen Gemeindemitglieder diese Aktion nicht nur per Flyer kennenlernen können.

Bei der Position 14 des Rückständeberichts, Grünfläche/Garten für den Kindergarten im Pestalozzi-Schulhaus, fehlt ein Zeitfenster und der Gemeinderat wird gebeten, dazu nähere Angaben zu machen. Das nicht kindgerechte und unbefriedigende Provisorium sollte so schnell wie möglich beseitigt werden.

*Gaida Löhr, SP:* Ihre Fraktion stimmt allen Anträgen zu.

Zur Energiespar-Offensive: Man hat sich gefragt, warum der Gemeinderat bei privaten Bauten nicht gleich vorgeht wie bei gemeindeeigenen Bauten, d.h. mit einer Energiebuchhaltung und mit Begleitung durch einen Energie-Experten.

Auch die SP-Fraktion moniert, dass man mittlerweile zehn Jahre auf eine sichere Grünfläche beim Pestalozzi-Schulhaus wartet.

Sie bedankt sich für die WC-Anlage auf dem Spielplatz Drissel und fragt an, ob es eventuell möglich wäre, ähnliche Anlagen auch auf dem Dorfplatz und anderen Spielplätzen zu installieren.

#### Detailberatung:

*Sven Inäbniit, FDP:* Antrag 1: Motion FDP: Neubadrain/Paradiesstrasse

Die Motion ist zehn Jahre alt, die Zeiten haben sich geändert. Die Fraktion sieht 1.a) als erfüllt an, ihrer Meinung nach wurde teilweise etwas über das Ziel hinausgeschossen. Unter Punkt b) wurde der Gemeinderat beauftragt, sich für eine Umfahrungsstrasse für das hintere Leimental einzusetzen. Da dieses Projekt aus dem Richtplan des Kantons gekippt wurde, kann der Gemeinderat diesen Auftrag momentan nicht erfüllen. Trotzdem ist man bereit, diese Motion abzuschreiben, wird allenfalls bei Gelegenheit auf den letzten Satz zurück kommen „...will sich aber die Option einer grossräumigen Umfahrungsvariante offen halten.“

*Katrin Bartels, CVP:* Antrag 4: Postulat CVP: Einführung einer freiwilligen Tagesschule

Die CVP-Fraktion nimmt erfreut zur Kenntnis, dass schon einiges umgesetzt wurde, bemängelt aber, dass die Betreuung während den Ferien noch immer nicht gesichert ist. Aus diesem Grund will sie das Postulat nicht abschreiben.

*Beatrice Büschlen, Grüne/EVP:* Anträge 1 und 2: Motion FDP: Umsetzung der Empfehlung des Einwohnerrats betr. Lastwagenverbot auf der Achse Paradiesstrasse/Neubadrain

Nach den Sanierungsarbeiten und der Änderung der Verkehrsführung auf diesem Strassenabschnitt wäre es wichtig, die Auswirkungen dieser Veränderungen zu kennen. Nachdem im Jahr 2010 keine Verkehrserhebungen gemacht wurden, weiss man nichts über die Entwicklung. So kann auch nicht festgestellt werden, ob weiterer Handlungsbedarf besteht. Deshalb ist die Grüne/EVP-Fraktion nicht bereit, die zwei Motionen abzuschreiben.

Antrag 4: Es stehen noch kantonale Entscheide, die Finanzierung der Tagesbetreuung von Schulkindern betreffend, aus. Wie zuvor die CVP, moniert die Rednerin die fehlende, ungenügende Ferienbetreuung. Das Problem der teilweisen Überbelegung des Mittagstisches ist auch noch nicht optimal gelöst. Es gibt noch einige offene Fragen und die Idee einer freiwilligen Tagesschule macht für die Fraktion auch im Hinblick auf Synergien immer noch Sinn. Ihrer Meinung nach sind und schaffen Tagesschulen Mehrwert. Sie will diese Sache weiterhin im Auge behalten und stimmt deshalb einer Abschreibung nicht zu.

*Sven Inäbniit, FDP:* Antrag 3: Postulat FDP: Kooperation bei der öffentlichen Sicherheit

Vor allem im Bereich Zivilschutz gab es Bestrebungen für eine engere Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden, doch es gibt im Bereich öffentliche Sicherheit noch andere wichtige Themen wie z.B. die Feuerwehr. Die Fraktion hat den Eindruck, dass sich der Gemeinderat nicht wirklich mit ganzer Kraft um eine bessere Kooperation bemüht und versucht, noch weitere Synergien zu eruieren.

ren. Sie ist gegen die Abschreibung des Postulats und erwartet, dass der Gemeinderat weitere Anstrengungen unternimmt.

Antrag 6: Postulat FDP: Schalteröffnungszeiten auch für Erwerbstätige

Letztes Jahr wurde der Antrag, dieses Postulat abzuschreiben, abgelehnt und die FDP-Fraktion ist weiterhin der Meinung, dass die grosse Gemeinde andere Schalteröffnungszeiten anbieten muss, als irgendein 400-Seelen-Dorf. Ausserdem sollten auch die modernen, elektronischen Möglichkeiten von Dienstleistungen vermehrt angeboten werden. Der Antrag wird nicht gutgeheissen.

*Urs-Peter Moos:* Die SVP-Fraktion unterstützt die FDP bei den Anträgen 3 und 6. Die Anträge 1 und 2 will sie abschreiben, ebenso wie Antrag 4. Dazu meint der Redner, dass das Problem der Ferienbetreuung nicht durch Nicht-Abschreiben gelöst wird und empfiehlt den Gegnern der Abschreibung, einen separaten Vorstoss einzureichen. Auch bei den Punkten 5 und 7 folgt die SVP dem Gemeinderat.

#### Abstimmung:

Antrag 1.1: 32 Ja, 4 Nein, keine Enthaltungen

Antrag 1.2.:32 Ja, 4 Nein, keine Enthaltungen

Antrag 1.3.: 17 Ja, 17 Nein, 2 Enthaltungen. Stichentscheid des Präsidenten: Nein

Antrag 1.4.: 17 Ja, 16 Nein, 3 Enthaltungen

Antrag 1.5.: 31 Ja, 2 Nein, 3 Enthaltungen

Antrag 1.6.: 19 Ja. 15 Nein, 2 Enthaltungen

Antrag 1.7.: 36 Ja

**://: Folgende Vorstösse werden als erledigt abgeschlossen:**

**Motion FDP: Neubadrain/Paradiesstrasse (Gesch. 55/VIII)**

**Motion FDP: Umsetzung der Empfehlung des Einwohnerrats betr. Lastwagenverbot auf der Achse Paradiesstrasse/Neubadrain (Gesch. 136/VIII)**

**Postulat CVP: Einführung einer freiwilligen Tagesschule (Gesch. 89/IX)**

**Interfraktionelles Postulat: Energiespar-Offensive 2 (Gesch. 149/IX)**

**Postulat FDP: Schalteröffnungszeiten auch für Erwerbstätige (Gesch. 184/IX)**

**Postulat SP: WC auf dem Spielplatz Drissel (Gesch. 67/X)**

#### **Traktandum 7**

**Gesch. Nr. 186**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 21.6.2011:

**Quartierplan „Zentrum Dorenbach“**

#### Eintreten:

*Roy Ewald, SVP:* Fünf Jahre nach Auszug der Migros aus dem Zentrum Dorenbach soll das Gebäude und die Umgebung saniert werden. Der jetzige Zustand hinterlässt beim Orteingang einen schlechten Eindruck und eine städtebauliche Aufwertung kann nur von Vorteil sein. Trotzdem fragt man sich, ob für ein einzelnes Objekt eine Veränderung des Quartierplans verabschiedet werden muss. Weitere Fragen, die sich stellen: Was bedeutet, dass das Quartierplanreglement dem neuen Zonenreglement moderat angepasst wurde? Der vorliegende Quartierplan wurde zusammen mit der Grundeigentümerin entwickelt. Was passiert, wenn die Eigentümerin wechselt? Wird dann wieder ein neuer Quartierplan erstellt? Für die SVP-Fraktion gibt es bei diesem komplexen Projekt zu viele offene Fragen. Aus diesem Grund möchte sie das Geschäft an die Bau- und Planungskommission überweisen.

*Traude Rehmann, SP:* Das Zentrum Dorenbach ist in der Tat kein erfreulicher Anblick und man freut sich, dass etwas unternommen wird. Die SP-Fraktion findet es wichtig, dass diese Angelegenheit zügig behandelt wird. Da es eine zweite Lesung gibt, ist es für sie gut vorstellbar, dass das Geschäft im Rat behandelt wird und sie erachtet eine Überweisung an die BPK als unnötig. Man fragt sich, was mit der Rabatte passiert, die vor dem Perimeter des Migros-Gebäudes ist. Dieses Land gehört dem Kanton. Zur Zeit sind dort Bäume und andere Bepflanzungen, was am Eingang des Dorfes einen sympathischen Eindruck macht. Die Fraktion möchte eine Antwort auf die Frage, ob dieser grüne Flecken bestehen bleibt. Weitere Fragen sind: Wo sind Veloabstellplätze geplant? Bis jetzt sind keine eingezeichnet. Wo sind die 100m<sup>2</sup> Grünfläche, die für die im Haus wohnenden Kinder als Spiel- und Freizeitflächen dienen sollen? Dies ist auf dem Plan nicht richtig ersichtlich.

Die SP findet es gut, dass das Lärmkonzept des Kantons und der Gemeinde weitergeführt werden soll.

*Andrea Alt:* Auch die CVP-Fraktion begrüsst die Sanierung des Dorenbachzentrums und ist für eine rasche Umsetzung der Pläne. Sie möchte das Geschäft gerne im Einwohnerrat behandeln, kann sich aber auch mit einer Überweisung an die BPK einverstanden erklären.

*Rahel Bänziger, Grüne/EVP:* Die Vorlage hat einige Fragen aufgeworfen. Es wird erwähnt, dass während der Planung eine Stellungnahme eingegangen ist und darüber Gespräche geführt wurden. Was waren die Anliegen der Stellungnahme und wurden diese in der Vorlage berücksichtigt? Die Lärmschutzbestimmungen und deren Umsetzung erscheinen der Fraktion sehr komplex und man hofft, dass in diesem Bereich besonders sorgfältig gearbeitet und geplant wurde.

Parkierung: Der Quartierplan wurde neu erarbeitet, die Geschosseziffern wurden neu erarbeitet usw.. Nun könnte doch auch die Regelung zur Parkierung angepasst werden. Das bereits lärmgeplagte Quartier soll nicht mit zusätzlichem Parkplatzsuchverkehr belastet werden. In der bereits vorhandenen Einstellhalle müssen genügend Parkplätze bereit gestellt werden.

Des Weiteren fragt sich die Grüne/EVP, was mit den jetzigen Mietern während und nach der Renovation passiert. Wird der Wohnraum massiv verteuert? Können sich die Leute die Wohnungen nachher noch leisten?

Diese Fragen müssten nach Ansicht der Fraktion noch geklärt werden. Sie ist geteilter Meinung, was eine Überweisung an die BPK betrifft. Zum Schluss erwähnt Rahel Bänziger noch, dass eine Gegenüberstellung des Ist-Zustand mit dem geplanten Projekt hilfreich gewesen wäre.

*Daniel Zimmermann:* Die FDP-Fraktion würdigt das Vorgehen für die deutliche Aufwertung der Hauptstrasse und des Dorfeingangs. Sie ist der Meinung, dass die Planung zu lange gedauert hat und dies zu Diskussionen und Unmut in der Bevölkerung geführt hat.

Der vorliegende Quartierplan hat zu einer gelungenen und zeitgemässen Lösung geführt. Insbesondere die neue Definition der Nutzung des Unter- und Erdgeschosses bringt gewerbefreundliche Möglichkeiten. Auch mit der Umgestaltung der Vorzone an der Hauptstrasse kann eine grosse Verbesserung erreicht werden. Dank dem öffentliche Mitwirkungsverfahren, der kantonalen Vorprüfung und der positiven Empfehlung der Fachgruppe für Bau- und Planungsfragen, scheinen die inhaltlichen Punkte der Vorlage klar zu sein. Aus Sicht der FDP braucht es deshalb für die ergänzenden Verständnisfragen keine spezielle Kommissionsberatung. Der Quartierplan soll genehmigt und den Investoren auf diese Weise signalisiert werden, dass die Gemeinde an dieser Lösung interessiert ist. Den drei Anträgen wird zugestimmt.

*Roger Moll, FDP:* Eine kleine Minderheit der Fraktion möchte die Vorlage in die Bau- und Planungskommission geben. Die Argumentation ist einerseits dieselbe wie die von Traude Rehmann und Rahel Bänziger, andererseits geht es ganz einfach darum, Transparenz zu schaffen – nicht, irgendetwas zu verhindern. In der Vorlage fehlt eine Darstellung „Alt-Neu“. Auch der Quartierplan Kirschbaumacker wurde an die BPK überwiesen, ähnliche Fragen wie heute vorgebrachte, konnten beantwortet werden, was Transparenz geschafft und Sicherheit gegeben hat.

Ein weiterer Grund, die Vorlage zu überweisen, ist folgender: Der Gemeinderat hat eine ausserparlamentarische Baukommission, die an diesem Quartierplan mitgearbeitet hat. Roger Moll ist der Meinung, dass der Bericht dieser Kommission zumindest dem Präsidenten der BPK hätte vorgelegt

werden müssen. Denn wenn der Gemeinderat weiterhin bei Quartierplänen ein ausserparlamentarisches Gremium beiziehen und mitentscheiden lassen will, braucht es keine Bau- und Planungskommission mehr. Wofür braucht es noch eine BPK, wenn der Einwohnerrat nicht mitentscheiden kann? Roger Moll denkt, dass es maximal zwei Sitzungen für diese Vorlage braucht. Es fehlen Angaben zur Umgebungsgestaltung, zur Angleichung gegenüber der Gartenstrasse, gegenüber der Parzelle mit der Pizzeria etc.. Es gibt viele Fragen und dabei geht es nicht um planerische Fragen. Der Redner ist von der Arbeit der Planer begeistert, er empfindet dieses Projekt in ästhetischer, bautechnischer und ökologischer Hinsicht als sehr gelungen. Mit der Überweisung an die BPK erhalten auch der Architekt und der Bauherr (ETH) Gelegenheit, Stellung zu nehmen.

*Urs-Peter Moos, SVP:* Einerseits ist man dagegen, Geschäfte in die Kommissionen zu überweisen, andererseits stellt man immer wieder fest, dass noch viele Fragen offen sind. Die Bau- und Planungskommission hat während dieser Legislatur sehr viel und solide gearbeitet. Es kann keine Rede von Beratungen in epischer Länge sein, wie sie Traude Rehmann befürchtet. Urs-Peter Moos vermutet sogar, dass mit einer Überweisung Zeit gewonnen wird, weil das Reglement nachher voraussichtlich schon nach einer Sitzung mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen wird. Er plädiert für eine Überweisung und erinnert die FDP daran, dass die SVP beim QP Kirschbaumacker anfangs die Argumente für eine Überweisung nicht nachvollziehen konnte. Nichtsdestotrotz ist man der FDP gefolgt und hat nachträglich festgestellt, dass es eine gute Entscheidung war. Es wird jetzt umgekehrt auch um die nötige Flexibilität gebeten.

*Traude Rehmann, SP* muss noch ein Anliegen, das ihrer Fraktion sehr wichtig ist, anfügen: Es wird darum gebeten, auch auf die Lichtverschmutzung zu achten und von riesigen Neonreklamen auf oder am Gebäude abzusehen.

Die zwei Gründe, warum sie der Meinung ist, dass nicht jedes Geschäft in die BPK gegeben werden soll, sind folgende: Erstens gibt es zweierlei Parlamentarier. Solche, die in Kommissionen sitzen und solche, die nicht in Kommissionen sitzen. Daraus ergibt sich immer ein Wissensvorsprung. Über diese Vorlage muss man im Vorherein nicht viel wissen. Die paar Fragen, die gestellt wurden, können auch so beantwortet werden. Zweitens kosten die zusätzlichen Sitzungen Geld.

#### Abstimmung:

Dem Antrag der SVP zur Überweisung des Geschäfts Nr. 186 an die Bau- und Planungskommission wird mit 21 Ja, 12 Nein und 3 Enthaltungen zugestimmt.

**://: Das Geschäft wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.**

## Traktandum 8

**Gesch. Nr. 185**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011:  
**Ersatzbeschaffung Wischmaschine**

#### Eintreten:

*FDP: Roger Moll:* Die alte Wischmaschine macht zwar einen robusten Eindruck, doch ist ihr Innenleben sensibel und der betriebliche Unterhalt verlangt gute Kenntnisse der gesamten Technik. Die FDP findet eine allfällige Reparatur dieser Maschine nicht sinnvoll. Erstens sind die Kosten zu hoch, zweitens weiss man nicht, ob dann nicht schon bald wieder eine Reparatur nötig wird und drittens müsste ein Partikelfilter eingebaut werden. Die zu erwartenden Kosten belaufen sich auf etwa CHF 85 000, ohne Garantie dafür, dass noch zwei, drei Jahre mit dem Gefährt gearbeitet werden kann. Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zu, fügt aber noch zwei Bemerkungen

kungen an: In der Vorlage steht, dass Mehraufwendungen durch das Werkhofpersonal mit Handarbeit gemacht werden müssen. Diese Mehraufwendungen ergeben sich durch die sogenannte Möblierung der Strassen und die Tempo-30-Zonen (Parkraumbewirtschaftung ist in diesem Zusammenhang auch ein Stichwort) und sie bedeuten einfach, dass gewisse Stellen – tote Stellen – zuerst von Hand bearbeitet werden müssen, bevor die Maschine eingesetzt werden kann. Es soll folglich künftig darauf geachtet werden, dass bei Entscheiden des Einwohnerrats, welche die Möblierung von Strassen oder die Einführung von Tempo-30-Zonen betreffen, auch der Aufwand an Unterhaltsarbeiten berücksichtigt wird. Fragen, die der Redner hiermit stellt: Wieviel würde Bottmingen allenfalls an die Reinigungskosten zahlen, haben diesbezüglich schon Gespräche stattgefunden? Oder könnte Bottmingen das Ganze eventuell per Aufwand bezahlen?

*Urs Weber:* Die SVP ist der Meinung, dass die alte Maschine noch drei, vier Jahre lang gute Dienste leisten könnte und ist überzeugt, dass die Revisionsarbeiten keine CHF 55 000 kosten würden. Sie kann nicht verstehen, warum der Gemeinderat bei dieser Maschine einen Partikelfilter einbauen lassen will, nachdem er für den Aufsitzrasenmäher explizit darauf verzichtet hat und kein derartiges „Gebastel“ wollte. Nun sollen bei einer noch älteren Maschine CHF 30 000 dafür aufgewendet werden. Die ganze Kostenaufstellung erscheint der Fraktion etwas unseriös, denn es würde kaum ein Händler für eine nicht-revidierte Maschine CHF 20 000 bezahlen. Ausserdem macht eine Reduktion des Rücknahmepreises um CHF 10 000 bei der revidierten Maschine absolut keinen Sinn. Binningen spart bei einem weiteren Einsatz des alten Geräts viel Geld, darum lehnt die SVP den Antrag ab.

*Severin Brenneisen:* Die SP unterstützt den Antrag des Gemeinderats. Sie findet es richtig, dass eine 10-, 11-jährige Maschine geprüft wird und man Offerten für eine Neuanschaffung einholt, wenn festgestellt wird, dass grössere Reparaturen anstehen. Laut Aussage des Werkhofes wird diese Maschine rund 1000 Stunden pro Jahr eingesetzt, sie ist also wichtig für die Sauberkeit unserer Strassen. Ein Ausfall von mehreren Wochen kann sich die Gemeinde nicht leisten. Bei einer Neuanschaffung sollte unbedingt darauf geachtet werden, dass sie wesentlich leiser ist als das bisherige Modell.

*Andrea Alt:* Die CVP-Fraktion dankt der Gemeinde für die Vorlage. Unter Berücksichtigung der von den Vorrednern ausgeführten Aspekte ist sie für die Anschaffung einer neuen Wischmaschine und stimmt der Bewilligung des Kredits zu.

*Rahel Bänziger, Grüne/EVP:* Weil im September 2010 ein Antrag ihrer Fraktion für die Anschaffung eines Partikelfilters für den Aufsitzrasenmäher abgelehnt wurde, hat man der Vorlage gegenüber gemischte Gefühle. Auch der Gemeinderat führte damals Gründe wie: der Partikelfilter sei nicht vorgeschrieben, Platzmangel, mangelnde Betriebsstunden auf. Jetzt wird mit dem Argument Partikelfilter für den Ersatz eines elfjährigen Modells geworben. Die Grüne/EVP setzt sich für die Umwelt ein, stimmt deshalb der Vorlage zu und hofft, dass in Zukunft bei Neuanschaffungen immer auf die Umweltverträglichkeit geachtet wird.

Abschliessend noch zwei Fragen: Das vorgeschlagene Modell entspricht der Euronorm 5, mittlerweile gibt es jedoch bereits die Euronorm 6. Wurde abgeklärt, ob es Wischmaschinen mit Euronorm 6 gibt? Was passiert mit der alten Maschine?

*Agathe Schuler, Gemeinderätin* beantwortet die diversen Fragen:

1. Strassenwischen in Bottmingen: Verwaltungsintern wurde mit dem Bottminger Gemeinderat gesprochen. Dieser könnte sich vorstellen, dass gewisse Strassenabschnitte, die an Binningen angrenzen (Neumattweg, Bertschenacker) allenfalls mit dieser neuen Wischmaschine gereinigt werden könnten. Einen generellen Wechsel kann man sich nicht vorstellen, wäre aus zeitlichen Gründen auch gar nicht möglich. Selbstverständlich würden die in Bottmingen abgeleisteten Stunden abgerechnet. Der Bottminger Gemeinderat wird das Thema im Herbst besprechen.
2. Partikelfilter: Vorauszuschicken ist, dass Binningen schon diverse Gefährte mit Partikelfilter besitzt. Im Bericht wird auch beschrieben, wie Partikelfilter von Maschinen, die wenig und mit kleinen Geschwindigkeiten bewegt werden, behandelt werden können, so dass sie trotzdem funktionstüchtig sind. So, wie damals eine Lösung für einen Lastwagen gefunden wurde, hat man für die Wisch-

maschine eine Lösung gefunden. Für den Aufsitzrasenmäher gab es dazumal keinen geeigneten Filter.

3. Lärm: Der neue Ravo hat ein spezielles „Silent-Paket“, das heisst, beim Motor und dem Gebläse gibt es eine zusätzliche Schallisolierung. Ein Ravo ohne „Silent“ hat eine Lärmimmission von 76 Dezibel, einer mit „Silent“ nur noch 68 Dezibel. Das ist eine Reduktion von ca. 50 %, da die Lärmzu- oder abnahme nicht linear ist. Ravo ist der einzige Anbieter mit zusätzlicher Schallisolierung.

4. Rücknahmepreis: Je älter ein Fahrzeug ist, desto weniger bekommt man dafür. Es wird für die Firma auch immer schwieriger, das Gefährt zurückzunehmen, da die Beschaffung von Ersatzteilen bereits nicht mehr gesichert ist. Dafür ist aber nicht nur das Alter ausschlaggebend, sondern auch der kleine Markt für solche Gefährte.

5. Euronorm 6: Diese Frage lässt sich heute nicht beantworten. Der Gemeinderat hat die neusten Modelle geprüft, die dieses Jahr käuflich sind.

Agathe Schuler weist zum Schluss noch darauf hin, dass man den Terminplan für die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen einhalten möchte. Das ist auch eine Wertschätzung den Angestellten gegenüber. Die Mitarbeitenden des Werkhofs sollen ihre Arbeit mit guter Ausrüstung und modernen Geräten verrichten können.

*Urs-Peter Moos:* Für die SVP-Fraktion ist offensichtlich, dass der Gemeinderat gerne die Zahlen des Bestehenden aufbauscht, um das von ihm gewünschte Neue durchzusetzen. In jüngster Zeit wurden Sparmassnahmen besprochen und beschlossen, nun will man unnötigerweise viel Geld für eine neue Maschine ausgeben. Ihrer Meinung nach kann mit dieser Maschine noch zwei, drei Jahre lang gewischt werden. Zum Thema Wertschätzung findet Urs-Peter Moos, dass die neu beschlossenen Änderungen die Jubiläumsprämie betreffend auch nicht gerade von Wertschätzung den Mitarbeitenden gegenüber zeugen.

*Grüne/EVP, Peter Buess* merkt noch an, dass zehn Jahre ein stolzes Alter sind. Ein Pistenrattrak hält vier Jahre, kostet das Doppelte und ist nur im Winter im Einsatz.

#### Abstimmung:

Der Antrag wird mit 27 Ja und 8 Nein angenommen. (Im Moment der Abstimmung sind nur 35 Einwohnerräte im Saal).

**://: Für die Beschaffung einer neuen Strassenwischmaschine als Ersatz der bisherigen Maschine Ravo wird der budgetierte Kredit von CHF 260 000 bewilligt.**

## Traktandum 9

Gesch. Nr. 27

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011:

### **Anpassung des Logos der Gemeinde Binningen**

#### Eintreten:

*Susanna Keller, SVP:* Die Fraktion möchte das Design des heutigen Logos, insbesondere die blaue Welle, beibehalten. Befragungen in der Bevölkerung haben ergeben, dass das heutige Logo allen bekannt ist. Die Neuzuzügerbroschüre darf ruhig farbig und etwas aufwändiger gestaltet sein, hier ist Sparen um jeden Preis fehl am Platz. Man findet es auch unnötig, billigeres Papier anzuschaffen, was als weitere Sparmassnahme aufgeführt wird. Susanna Keller bemerkt, dass auch grosse Konzerne, Banken etc. erfolgreich mit Farben arbeiten. Ausserdem weist sie darauf hin, dass im Binnin-



ger Web-Auftritt das Blau der Welle überall zu sehen ist und das dann wohl geändert werden müsste. Ein Neu-Aufbau der Binninger Homepage würde aber auch wieder Kosten generieren, die in der Vorlage nicht erwähnt sind. Die Angaben zu den Kosten und den geltend gemachten Einsparungen werden als ungenau empfunden. Sie basieren auf billigerem Papier und weniger Seitenumfang, was die Partei nicht gutheisst. Sie möchte gute Qualität und weiterhin ein griffiges, farbiges Logo. Der Antrag 1 wird klar abgelehnt, und die Motion soll nicht abgeschrieben werden (Antrag 2).

*Alex Achermann:* Die CVP-Fraktion ist grundsätzlich mit der geplanten Vereinfachung einverstanden und froh, dass längerfristig damit Geld gespart werden kann. Sie ist also dafür, ihre Motion abzuschreiben, findet es aber unnötig, deshalb auch die Homepage anzupassen. Wichtig ist, dass der bestehende Vorrat an Drucksachen noch aufgebraucht wird, dann kann auf die blaue Welle verzichtet werden.

*Beatrice Büschlen, Grüne/EVP:* Die Vorlage ist gut ausgearbeitet, gut durchdacht und die Argumente sind einleuchtend. Man ist erfreut über die ressourcenschonende Einstellung und Arbeit der Verwaltung. Die Fraktion stimmt beiden Anträgen zu. Sie führt noch weitere, in der Vorlage unerwähnte, finanzielle Vorteile an: Der Verzicht auf ein farbiges Design bedeutet auch keine weitere Anschaffung von Farblaserdruckern und den damit verbundenen – sehr teuren – Farbpatronen. Ausserdem verlängert sich die Lebensdauer des Farblaserdruckers bei reduziertem Druckvolumen. Farblaserdrucker sind bekannterweise viel teurer als Schwarzweissdrucker, somit lassen sich auch da Kosten einsparen. Die Grüne/EVP macht darauf aufmerksam, dass Drucken die Umwelt belastet. Einerseits bei der Herstellung des Materials, andererseits beim Drucken selber. Es entsteht Feinstaub, auch bei der Entsorgung der leeren Farbkassetten. Durch die unterschiedlichen chemischen Zusätze in den Farbkassetten ist der Farbdruck um ein Vielfaches belastender als der Schwarzweissdruck. Es wird davon ausgegangen, dass die Verwaltung die Recycling-Angebote der Hersteller nutzt.

Im Gegensatz zur SVP findet man es nicht nötig, den Web-Auftritt zu ändern. Abschliessend wird darum gebeten, bei der Wahl des neuen Logos Folgendes zu bedenken: Je grösser, schwärzer, exklusiver, desto grösser der Verbrauch der Ressourcen und desto höher die Kosten.

*Gerhard Metz, FDP:* Beide Anträge des Gemeinderates werden unterstützt. Die Fraktion ist der Auffassung, dass die Änderung richtig ist, weil sie Einsparungen und Vereinfachungen bringt. Ausserdem verzichtet sie gerne auf die Welle, es konnte sich sowieso niemand erklären, was für einen Bezug diese Welle zu Binningen hat. Eine Anmerkung zu Seite 7 der Vorlage: Offensichtlich hat die Abteilung Kindergarten und Primarschule ein eigenes Logo mit Sternen. Dieses müsste mit der Einführung des neuen Logos auch verschwinden.

*Peter Heiz, FDP* ist im Gegensatz zu seinen Fraktionskollegen für die Beibehaltung der Welle. Er betrachtet das Ganze eher von der künstlerischen Seite und meint, nachdem Binningen in der Presse relativ viel Prügel bezogen hat, ist das farbiges Logo etwas, mit dem sich die Gemeinde positiv von anderen abheben kann. In seinen Augen ist diese Welle perfekt, gestalterisch sauber, hat eine wunderbare Farbe, einen passenden Schriftzug.....

*Charles Simon, Gemeindepräsident:* Grundsätzlich ist das Binninger Logo das Wappen mit den drei Sternen. Auch ihm fällt es schwer, von der Welle Abschied zu nehmen, doch er hat sich vor allem durch die technischen Argumente überzeugen lassen. Da es vor allem um die Drucksachen geht, wird an der Homepage nichts geändert. Es ist vorgesehen, die einzelnen Arbeitsplatz-Drucker bald durch zentrale Drucker, die alles können, zu ersetzen. Farbiges Drucken wird weiterhin nötig sein (Bilder, Pläne, Folien etc.). Da zur Hauptsache Briefe verschickt werden, kann mit der schwarzweissen Lösung tatsächlich Einiges gespart werden.

*Jürg Humbel, FDP:* Auch er ist für den Wechsel, konnte und kann sich nicht erklären, was die Welle bedeuten soll und plädiert für das Binninger Wappen.

Abstimmung:

Antrag 1: 27 Ja, 9 Nein, 0 Enthaltungen

Antrag 2: 28 Ja, 0 Nein, 8 Enthaltungen

**://: 1. Auf die blaue Welle im Logo der Gemeinde Binningen soll zukünftig verzichtet werden.  
2. Die Motion „Kein neues Corporate Design für die Gemeinde Binningen“ wird als erledigt abgeschrieben.**

**Traktandum 11****Gesch. Nr. 141**

Bericht / Antrag der GRPK vom 7.6.2011:

**Motion Urs-Peter Moos, SVP, für ein beidseitiges Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse**Eintreten

*Peter Buess, Grüne/EVP:* Es gibt drei Aspekte zur Benkenstrasse:

1. Geschichte, 2. Durchsetzung, 3. Einvernehmen: Zur Geschichte erzählt er nochmals, wie er als Schüler auf dem Schulweg unter dem Autoverkehr an der Hohen Strasse gelitten hat und dass erst etwas unternommen wurde, nachdem eine Schülerin gestorben war.
2. Durchsetzung: Offenbar ist die Durchsetzung der jetzigen Regelung lasch, was aber kein Argument gegen eine Verschärfung der Regelung darstellt.
3. Einvernehmen: Im Bericht liest man, dass es auch um das gute Einvernehmen mit der Nachbargemeinde geht. Es haben jedoch viele Binninger Bürgerinnen und Bürger per Unterschrift eine Verschärfung des Verkehrsregimes gewünscht und nach Meinung des Redners sollte das gute Einvernehmen mit der Binninger Bevölkerung an erste Stelle gesetzt werden.

*Simone Abt, SP:* Die Fraktion ist einstimmig gegen eine Freigabe der Durchfahrt zwischen Binningen und Oberwil und gegen die Schaffung einer dritten Achse durch das untere Leimental. Was aber den Durchgang nach Bottmingen und retour betrifft, ist man geteilter Meinung. Die einen verstehen das Anliegen der Motion und die Forderung der Anwohner nach einem beidseitigen Fahrverbot, die anderen möchten die gute Kooperation mit der Nachbargemeinde honorieren und dem Vorschlag des Gemeinderats folgen. Von dieser Seite her wird keine Verlagerung des Durchgangsverkehrs befürchtet, solange die Strasse nicht bis nach Oberwil geöffnet wird. Sollte sich die Situation ändern (Thema Hafenrainstrasse), würde die Motion Ziegler greifen.  
Die SP-Fraktion stimmt individuell nach bestem Wissen und Gewissen.

*Willy Müller:* Auch die *FDP-Fraktion* unterstützt die Motion. Vor etwa zwei Jahren haben Vertreter der Gemeinden Binningen, Bottmingen und Oberwil beschlossen, dass für eine Versuchsphase von zwei Jahren die Hafenrainstrasse geöffnet wird und man gleichzeitig die beiden Fahrverbote an der Benkenstrasse aufhebt. Nachdem sich Anwohner des Bertschenacker beschwert haben, hat Bottmingen seine Meinung geändert und die Hafenrainstrasse nicht geöffnet. Die Motion der FDP vom letzten Jahr verlangt ein Konzept zur Schliessung der Benkenstrasse und die Umsetzung davon sobald bei der BIZ die Strasse geöffnet wird. Die Motion der SVP geht weiter und verlangt jetzt schon ein beidseitiges Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse. Die FDP unterstützt diese Motion aus zwei Gründen: Erstens ist es eine konsequente Umsetzung der verkehrstechnischen Ziele der Ortsplanrevision. Zitat: „Die Quartiererschliessung erfolgt mit möglichst kurzem Weg direkt ab dem Basisnetz. Quartierfremder Durchgangsverkehr ist auf diesen Verbindungen nicht erwünscht und wird nach Möglichkeit durch geeignete Massnahmen verändert.“

Der zweite Grund ist, dass die Forderungen der Motion ein grosses Anliegen der Bevölkerung der betroffenen Gebiete sind. Bereits im Jahr 2000 wurde eine Petition mit über 800 Unterschriften ein-

gereicht („Die Benkenstrasse ist kein Durchgangsverkehr“). Die Motion wird jetzt mit über 80 Unterschriften unterstützt.

*SVP, Urs-Peter Moos* freut sich über die grosse Unterstützung. Er hat noch Folgendes zu bemerken: Auf Seite 2 des Berichts behauptet der Gemeinderat, dass bei Umsetzung der Motion das Hip-therapiezentrum und der Bauernhof nicht mehr erreichbar sind. Urs-Peter Moos schlägt aber vor, dass zu diesen beiden Bauten weiterhin Zubringerdienst gestattet ist. Das Legislaturprogramm des Gemeinderats sagt klar, dass der Verkehr auf die Hauptachsen zu führen ist. Wenn man nun diesen Durchgangsverkehr zulässt, wird zugleich ein Hintertürchen für direkte Fahrten von Oberwil her zum Neuwilerplatz - mit Vermeiden des Kreisels Kronenplatz und ohne Ampeln - geöffnet. Im Sinne von „Wehret den Anfängen“ soll das beidseitige Fahrverbot konsequent durchgeführt werden. Wie Willy Müller bereits erklärt hat, hat Bottmingen sich für die Interessen seiner Einwohner eingesetzt. Da in diesem Rat die Interessen der Binninger vertreten werden, sollten die Forderungen der Motion umgesetzt werden.

*Charles Simon, Gemeindepräsident*. Es geht hier nicht um die Hohestrasse, sondern nur um die Benkenstrasse. Die Hohestrasse bleibt weiterhin nur für den Bus und Zubringer zum Bauernhof geöffnet.

Die Abmachung mit Bottmingen aus dem Jahr 2000 besagt, dass nur der „kleine Grenzverkehr“ zugelassen wird. Es geht nicht darum, allem Tür und Tor zu öffnen. Es gibt jetzt schon vereinzelt Autofahrer, die Schleichwege benutzen, das wird später auch nicht anders sein. Die Tempo-30-Zone im Gebiet Bertschenacker ist sicher nicht attraktiv für die Autofahrer; der Kronenplatz ist durch den Kreisverkehr mittlerweile durchlässiger. Das sind zwei grosse Unterschiede gegenüber der Situation im Jahr 2000. Für Binningen ist es ein Vorteil, dass Oberwil nicht mitmacht. Wenn Binningen aufmachen würde, so, wie es der Gemeinderat möchte, können es nicht mehr Autos werden, weil Bottmingen die Hafenrainstrasse nicht öffnet. Binningen hat dazumal Bottmingen versprochen, die Strasse zu öffnen, sobald auf Bottminger Seite Tempo 30 besteht. Er fürchtet um seine Glaubwürdigkeit, wenn das nicht eingehalten wird. Ausserdem weist Charles Simon darauf hin, dass es auch einige Binninger Einwohner gibt, die bestimmt gerne dort durchfahren würden, z.B. um ins Oberwiler Einkaufszentrum Mühlematt zu fahren. Es geht wirklich nur um den „kleinen Grenzverkehr“, also die Anwohner vom Drissel und der oberen Benkenstrasse. Das grosse Problem, das jetzt schon besteht und weiterhin bestehen wird bei Umsetzung der Motion, ist der Zubringerdienst. Ein Fahrverbot im Grenzgebiet von drei Gemeinden, das doch kein Fahrverbot ist, ist einfach schwierig zu durchzusetzen. Keine Polizei hat das Recht, in der anderen Gemeinde zu kontrollieren oder zu vollziehen und es kann fast nicht überprüft werden, warum die Leute tatsächlich dort durchfahren. Der Kanton rät mittlerweile von Fahrverboten mit Zubringerdienst ab. Der Gemeinderat ersucht den Einwohnerrat, ihm eine zweijährige Versuchsphase zu gewähren, ihn die beiden Fahrverbote beim Drissel entfernen zu lassen und abzuwarten, ob der Verkehr tatsächlich stark zunehmen wird. Er bezweifelt das, denn es handelt sich um das Verkehrsaufkommen in der Grössenordnung einer Quartierstrasse mit ca. 1000 Fahrzeugen pro Tag. Was im Legislaturprogramm und in der Ortsplanrevision steht, betrifft Strassen mit einem Aufkommen von 8 000, 10 000 oder gar 15 000 Fahrzeugen pro Tag (Hauptstrasse, Baslerstrasse, Oberwilerstrasse etc.). Charles Simon bittet darum, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

*Willy Müller, FDP* findet, dass Grundsätze der Ortsplanrevision höher zu gewichten sind, als Abmachungen zwischen Binningen, Bottmingen und Oberwil.

Abstimmung: 27 Ja, 3 Nein, 6 Enthaltungen

**://: Die Motion wird an den Gemeinderat überwiesen.**

**Traktandum 12****Gesch. Nr. 180**

Bericht/Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011:

**Interpellation Urs-Peter Moos, SVP: Behindertenlift beim Binninger Schloss**

**://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 26. September traktandiert.**

**Traktandum 13****Gesch. Nr. 149**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 5.7.2011:

**Postulat SP: Strom und Wärme vom Dach**

**://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 26. September traktandiert.**

**Traktandum 14****162**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011

**Postulat Rahel Bänziger: Begleichung der Rechnung der Eingliederungsstätte Baselland**

**://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 26. September traktandiert.**

**Traktandum 15****176**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011

**Interpellation Katrin Bartels, CVP: betr. Bauabrechnung, Kostenkontrolle und Datenablage des Projekts Alters- und Pflegeheim Schlossacker**

**://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 26. September traktandiert.**

**Traktandum 16****168**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011

**Interpellation SP: Familienexterne Kinderbetreuung**

**://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 26. September traktandiert.**

## Traktandum 16

### Diversa

#### **Anfrage U.-P. Moos, SVP: Littering – endlich Taten statt Worte und Konzepte! Gesch. Nr. 188**

*Anne Mati, Gemeinderätin:* Die Anfrage hält fest, dass der Gemeinderat trotz Medienmitteilungen und Versprechungen das Problem mit dem Littering nicht löst. Die Gemeinderätin widerspricht der Aussage, man sei von einer Verbesserung der Situation weiter entfernt denn je. Im Frühling 2010 wurde vom Gemeinderat ein Konzept gegen das Littering verabschiedet. Die Massnahmen wurden seither sukzessive umgesetzt. Die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission wurde entsprechend über diese informiert. Es stimmt sicher, dass es in Binningen Littering gibt - und der Gemeinderat ist daran, das gezielt zu verbessern – es ist aber kein generell schlimmer Zustand. Anne Mati erläutert, welche griffigen Massnahmen, die anstelle von Sitzungen und Konzepten gefordert werden, ergriffen wurden. Es sind diverse Personen der Gemeinde für die Bekämpfung des Littering zuständig: Die Hauswarte, die Gemeindepolizei, der Bannwart, der Mobile Jugendarbeiter, die Abfallfachstelle und weitere. Es braucht Absprachen und Kommunikation untereinander, welche laufend erfolgt und die durch ein bis zwei Sitzungen pro Jahr ergänzt wird. Vor den Herbstferien wird dem Gemeinderat eine erste Bilanz präsentiert, über welche die Öffentlichkeit anschliessend informiert wird. Die Resultate sollen und können im Einzelnen nicht vorweg genommen werden. Die wichtigsten Massnahmen (längst nicht alle), die ergriffen wurden, werden jetzt nochmals in Erinnerung gerufen:

- Es wurde die Sammel-Infrastruktur erweitert, es wurden zusätzliche Abfallbehälter verschiedenen Orten angebracht (z.B. Hauptstrasse, Dorfplatz).
- Schnelleres Eingreifen durch bessere Vernetzung: Die zuständigen Verantwortlichen informieren einander sofort gegenseitig, damit schnell durch die richtige Instanz eingegriffen werden kann.
- Prävention und Intervention: Es wurden verschiedene Kontrollen verstärkt, auch am Wochenende. Hier ist vor allem der neuralgische Punkt Dorfplatz zu erwähnen, wo am Wochenende die Gemeindepolizei und der Bannwart tagsüber ein- und während der Nacht zweimal Kontrolle machen.
- Zusätzliche Reinigung an neuralgischen Orten durch Asylsuchende: Dorfplatz, Grillstellen im Wald, Aussichtsplätze, Schulareale.
- Neu werden auch zwei, drei Tage vor der Kehrriktabfuhr Kontrollen durchgeführt. Zu früh bereitgestellte Abfallsäcke werden der Gemeindepolizei gemeldet, durch diese kontrolliert und entsorgt.

Weiter wird bemängelt, dass in Binningen die Menge des eingesammelten Abfalls nicht erhoben wird. Um die Menge des Littering-Abfalls zu beziffern, müsste dieser an Ort und Stelle gewogen und laufend notiert werden. Ohne Personalaufstockung und Materialanschaffungen ist so etwas nicht möglich. Zum Vorwurf, die Littering-Verursacher würden immer nur ermahnt und nicht gebüsst, führt Anne Mati aus, dass seit Vorliegen des Bussenkatalogs keine Ermahnungen mehr ausgesprochen wurden, sondern nur noch Verzeigungen an den Gemeinderat erfolgten. In dieser Sache gab es eine Verzögerung, weil zuerst noch rechtliche Unsicherheiten aus der Welt geschafft werden mussten.

Ausgesprochene Bussen seit Inkrafttreten des Bussenkatalogs:

§ 1 Abfälle/Feuer, a) Verbotenes Entsorgen von Kleinabfällen sog. Littering: 1

§ 2 Notdurft: 1

§ 4 Lärm/Nachtruhe, a) Lärm und Unfug: 5, b) Nachtruhe: 2

§ 7 Plakatieren/Graffiti, b) Anbringen von Graffiti, Tags etc.: 4 (Meldung an Kantonspolizei, da Sachbeschädigung)

§ 8 Hunde c) Missachten des Leinenzwangs

§ 9 Parkflächen/Parkieren, b) Verwendung einer nichtzustehenden Parkkarte

*Christian Schaub, Präsident* erklärt die Sitzung für geschlossen.

Die nächste Einwohnerrats-Sitzung findet am Montag, 26. September 2011, 19.30 Uhr, statt.

